

Rainer Brüderle

Wie wir unsere Energieversorgung zukunftsfähig machen

Das Ende September vom Kabinett beschlossene Energiekonzept ist ein politischer Meilenstein: Erstmals seit vielen Jahren gibt es im Energiesektor jetzt wieder einen langfristigen Rahmen für zukunftsgerichtete Investitionsentscheidungen. Rot-Grün war zu einem solchen Vorhaben nicht in der Lage. Wir aber setzen jetzt gemeinsam um, was wir in unserem Koalitionsvertrag angekündigt haben. Wir zeigen damit unsere Entschlossenheit, die Energiepolitik langfristig auszurichten.

Das Konzept verfolgt konsequent das Ziel einer sicheren, wirtschaftlich tragfähigen und zugleich umweltschonenden Energieversorgung. Es beschreibt den Weg dorthin und die Mittel, mit denen wir Hindernisse überwinden können. Mit diesem Zukunftskonzept sind wir allen anderen Industrienationen voraus.

Wichtig ist vor allem, dass der Weg mit einem funktionierenden ordnungspolitischen Kompass im Gepäck besritten wird. Markt und Wettbewerb sind Garanten für die notwendigen technologischen Innovationsschübe. Nur so kann der grundlegende Umbau unserer Energieversorgung auch wirtschaftlich tragfähig ausgestaltet werden. Mit planwirtschaftlichen Phantasien würden wir uns im Gestrüpp und Unterholz zentralistischer Steuerung ver-

lieren. Energie muss für Wirtschaft und Verbraucher verlässlich und bezahlbar bleiben.

Das jetzt vorgelegte Energiekonzept folgt diesem Kompass. Wir können damit das regenerative Zeitalter erreichen und die für unsere Volkswirtschaft notwendigen Energieresourcen langfristig sichern. Die im Vorfeld von der Bundesregierung eingeholten Gutachten haben gezeigt: Auch die hohen Treibhausgas-Minderungsziele des Koalitionsvertrags (bis 2020 minus 40 Prozent, bis 2050 zusammen mit den anderen Industriestaaten sogar mindestens 80 Prozent Verminderung) können erreicht werden. Entscheidend ist, dass die Kosten dafür mit den richtigen Weichenstellungen in einem wirtschaftlich tragbaren Rahmen bleiben.

Entscheidend ist auch ein internationales Vorgehen. Ohne ein globales Klimaschutzabkommen sind die Ziele nicht erreichbar. Es wäre auch nicht in deutschem Interesse, hier auf die Bremse zu treten, wenn dann die Schloten anderswo ungehindert weiterrauchen.

Energieeffizienz

Im Energiekonzept wird deutlich: Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen

Wie wir unsere Energieversorgung ...

wir den Energieverbrauch bis 2050 bei weiterem Wirtschaftswachstum etwa halbieren. Damit die Dimensionen klar werden: Wir haben weniger als 40 Jahre Zeit, um die gesamte Energie einzusparen, die Industrie und Verkehr heute gemeinsam verbrauchen. Klar ist auch: Energiesparen ist noch immer unsere beste Energiequelle. Potenzial gibt es besonders bei Gebäuden. Rund 40 Prozent der Energie wird in Deutschland für Heizung und Warmwasser verwendet. Wir alle, private Verbraucher wie auch die Industrie, können und müssen also handeln. Auch der Staat muss einen Beitrag leisten. In unserem Konzept setzen wir deshalb konsequent auf Eigenverantwortung und Vernunft von Wirtschaft und Bürgern – und nicht auf Zwang und Bürokratie. Die Devise »Fördern« hat klaren Vorrang gegenüber dem »Fordern«. Niemand soll übermäßig belastet werden.

Erneuerbare Energien

Wir sind bei den erneuerbaren Energien in den letzten Jahren rasch vorangekommen. Diesen Erfolg wollen wir weiter fortsetzen. Die Erneuerbaren werden zur tragenden Säule der Energieversorgung. Gleichzeitig gilt: Mit dem wachsenden Anteil der Erneuerbaren muss das gesamte Energiesystem optimiert werden. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien müssen wir uns stärker an marktwirtschaftlichen Kriterien orientieren. Das Geld, das wir für die Förderung erneuerbarer Energieträger aufwenden, muss Tag für Tag von fleißigen Menschen erarbeitet werden. Deswegen müssen wir auch auf die Kosten schauen. Von mehr Wettbewerb bei den Erneuerbaren werden alle profitieren: Die Erneuerbaren ge-

winnen an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber konventioneller Energieerzeugung. Der Wettbewerb wirkt sich positiv auf den Strompreis aus – zum Vorteil von Haushalten und Unternehmen. Und: Wir erreichen unsere Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren schneller.

Ausbau der Netze

Die ehrgeizigsten Ausbauziele bei den Erneuerbaren nützen uns wenig, wenn wir den Strom nicht zum Verbraucher bringen. In den letzten Jahren haben wir die erneuerbaren Energien häufig nur von der Erzeugungsseite aus betrachtet. Nun muss auch die Netzinfrastruktur wesentlich stärker ins Blickfeld rücken. Die Herausforderungen sind gewaltig: Bei den erneuerbaren Energien macht den Netzen die große Volatilität zu schaffen: An einem Tag bläst der Wind kräftig, am anderen Tag gibt es nur ein laues Lüftchen. Die Dezentralisierung der Stromerzeugung nimmt zu. Immer mehr Menschen bauen sich eine Photovoltaikanlage aufs Dach. Darauf sind die Netze derzeit noch nicht eingestellt. Außerdem haben wir ein starkes Nord-Süd-Gefälle bei der Stromerzeugung. Im Norden stehen die großen Windparks. Und im Süden befinden sich die großen Lastzentren.

Das alles macht deutlich: Der Ausbau und die grundlegende Modernisierung der Stromnetze ist die zentrale Aufgabe. Erstens müssen wir neue Leitungen bauen. Wir brauchen Stromautobahnen von Norden nach Süden. Zweitens müssen wir die Verteilnetze – die Landstraßen des Stromnetzes – ausbauen und modernisieren. Der Handlungsdruck ist groß. Deshalb haben wir für die Netze ein ambitioniertes Kapitel im Energiekonzept vorlegt. Dreh- und Angelpunkt wird dabei die beim Wirtschaftsministerium bereits eingerichtete

Netzplattform sein. Hier haben alle Beteiligten ein Forum. Es geht darum, Probleme zu analysieren, Lösungen zu identifizieren und Maßnahmen umzusetzen.

Ein wichtiges Zugpferd für den Umbau der Energiesysteme ist der Einsatz neuer Technologien. Hier ist ein Begriff zurzeit in aller Munde: Smart Grids. Dabei geht es darum, Netze, Erzeugung und Last effizient und intelligent miteinander zu verknüpfen. Der Weg dorthin führt über das so genannte Smart Metering, den intelligenten Zähler, dem Alleskönner im Haushalt. Für die Einführung revolutionärer Technologien braucht man klare Rahmenbedingungen. Deshalb wird das BMWi schon bald einen Fahrplan dazu vorlegen.

Der Aus- und Umbau der Stromnetze ist auch ein europäisches Thema. Deutschland ist als zentrales Transitland in besonderem Maße vom zunehmenden EU-Stromhandel betroffen. Wir müssen daher den Stromfluss zwischen den europäischen Staaten weiter erleichtern. Wenn man mit dem Auto nach Österreich oder Frankreich fährt, stehen da heute keine Zollschranken mehr. Der Verkehr fließt gut und flüssig. Für Strom ist an den Grenzen aber immer noch Stau und Warteschlange angesagt. Das müssen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern ändern. Die Schlagbäume an den europäischen Stromgrenzen müssen weg. Nur dann kann der Strom tatsächlich aus den günstigsten Quellen nach Deutschland fließen. Entscheidend dafür ist eine bessere und schnellere Planung. Das gehen wir im Energiekonzept jetzt konkret an.

Kernkraft

Der Weg ins regenerative Zeitalter wird nur gangbar, wenn wir die Kernenergie als

Brücke nutzen. Längere Laufzeiten tragen nicht nur dazu bei, Strompreise für Wirtschaft und Verbraucher bezahlbar zu halten, sondern helfen auch bei den ehrgeizigen Klimaschutzziele. Kernenergie und erneuerbare Energien sind also zwei Seiten derselben Medaille.

Im Energiekonzept konnten wir in diesem Punkt einen ausgewogenen Gesamtkompromiss erzielen: Die sicheren deutschen Kernkraftwerke werden nicht vorzeitig vom Netz genommen. Sie können im Mittel um 12 Jahre länger laufen, gestaffelt nach älteren und jüngeren Kraftwerken. Jüngere Kernkraftwerke – ab dem Baujahr 1980 – können 14 Jahre länger am Netz bleiben als bisher geplant, ältere Meiler 8 Jahre zusätzlich. Und: Die Laufzeitverlängerung erleichtert den Aufbruch ins regenerative Zeitalter. Die Kraftwerksbetreiber werden beträchtliche finanzielle Mittel abführen. Zusätzlich zur Brennelementesteuer werden sie allein in den Jahren 2011 bis 2016 circa 1,4 Milliarden Euro zahlen. Und auch nach Auslaufen der Brennstoffsteuer wird es weitere Beiträge der Kraftwerksbetreiber für die Erneuerbaren geben. Das ermöglicht die Einrichtung eines neuen Energie- und Klimafonds, der in den nächsten Jahren auf über 2,5 Milliarden Euro jährlich anwachsen soll. Mit diesem Geld werden wir Energiesysteme der Zukunft fördern: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Energiespeichertechnologien und moderne Netztechnik. Das ist ein kräftiges Signal für Innovationen in Deutschland.

Klimaschutz

Deutschland ist der Gewinner des Energiekonzepts. Es gibt aber noch einen weiteren großen Gewinner: den Klimaschutz. Denn die Steigerung der Energieeffizienz, die Förderung

Wie wir unsere Energieversorgung ...

der erneuerbaren Energien und die längere Nutzung der Kernkraft sind wichtige Beiträge, um Emissionen von Treibhausgasen zu verringern. Wir haben mit dem Energiekonzept eine realistische Chance, dass im Jahr 2020 deutlich über 50 % unserer Stromerzeugung in Deutschland CO₂-frei erfolgt. Es ist klar: Unser Klimaschutzpolitisches Ziel erreichen wir nicht ohne eine technologische Revolution. Wir brauchen innovative Produkte, moderne Prozesse und zukunftsfähige Systeme. Ohne neue Techniken und belastbare Netze wird es nicht gehen. Grüne und Teile der SPD wollen so schnell wie möglich aus der Kernkraft aussteigen; gleichzeitig verhindern sie den Bau neuer Netze. Wenn das Realität würde, würden in Deutschland bald die Lichter ausgehen.

Der weitere Weg

Mit dem Energiekonzept sind die politischen Weichen Richtung Zukunft gestellt. Nun müssen die Kräfte bei der Umsetzung gebündelt werden. Dafür müssen wir gemeinsam die Zusammenhänge verdeutlichen und um Akzeptanz werben. Die Menschen müssen wissen, wohin die Reise geht und welche sachlichen Gründe hinter den Entscheidungen stehen. Wir brauchen einen offenen Dialog nicht nur über Risiken, sondern auch über die Chancen von neuen Technologien und geplanten Vorhaben. Die Zielmarkierung dafür steht jetzt. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg.

Rainer Brüderle, MdB,
*Bundesminister für Wirtschaft
und Technologie.*

Serkan Tören

*Auf dem
Weg zum
»Wir-Gefühl«*

Integration und Identität

Nach dem Grundsatz »Fördern und Fordern« haben wir auf politischer Ebene seit dem Zuwanderungsgesetz 2005 wichtige Weichen für eine verbesserte Integration gestellt. Beispielhaft genannt seien in diesem Zusammenhang etwa die Verpflichtung zum Spracherwerb für Ehegatten im Herkunftsland oder das flächendeckende Angebot an Integrationskursen. Dass wir vor weiteren Herausforderungen stehen, ist unstrittig. In den folgenden Ausführungen sollen jedoch weniger konkrete politische Maßnahmen, sondern vielmehr ganz grundsätzliche Überlegungen zum Thema der Zuwanderung thematisiert werden.

Gegenwärtig findet in Deutschland wieder eine intensive Debatte um Integration und Zuwanderung statt. Auffällig ist hierbei, dass in diesem Zusammenhang kaum mehr ein Beitrag ohne die Begriffe »Identität« und »Kultur« auszukommen scheint. Dabei werden diese Begriffe je nach Autor sehr unterschiedlich eingesetzt und gewichtet. Der konservativen Seite etwa dienen Identität und Kultur vermehrt als Referenz und Bestärkung auf »das Eigene«, die »Wertegemeinschaft des jüdisch-christlichen Abendlandes«, der sich Zuwanderer anzupassen und unterzuordnen haben.